

reiche Vergesellschaftungen vor. All das wurde aus dem Wissen darum diskutiert, welche Verheerungen der Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angerichtet hat. Dass dieses Bewusstsein seit 1989 weitgehend verloren ging, ist Ausdruck einer gewaltigen und hochgefährlichen Geschichtsvergessenheit.

Auch die SPD war diesbezüglich schon einmal erheblich weiter. In den nicht zuletzt von Erhard Eppler beeinflussten Parteiprogrammen von Berlin (1989) und Hamburg (2007) hat die Partei ausdrücklich von einem eindimensionalen Wachstumspfad Abschied genommen. Hieran gilt es anzuknüpfen. »Das Neue Jahrzehnt ist eine wichtige Ideenschmiede für unser Wahlmanifest. Wir wollen Menschen neugierig machen auf unsere Politik, sie begeistern und zeigen, dass wir mit frischen Ideen in dieses Jahr gehen und das Neue

Jahrzehnt verantwortungsvoll gestalten können,« heißt es im Aufruf der SPD-Spitze. Auf der Abschlussveranstaltung am 19. April in Berlin wird Frank-Walter Steinmeier – auf der Basis dieser Debatte – den Entwurf für ein Regierungsprogramm vorstellen. Mit dem bisher Geleisteten, sowohl in den Diskussionen als auch in den Papieren, wird es jedoch schwerlich gelingen, 2009, das »Jahr der Bewährung« (Steinmeier), zu einem Erfolg zu machen. Was dagegen heute Not tut, wäre die kritische Wiederaneignung des bereits Durchdachten. Schon einmal, nämlich nach 1989, beging die Partei den Fehler, in Zeiten des Umbruchs ein Parteiprogramm und damit die eigenen intellektuellen Traditionen umgehend zu vergessen. Diesen Fehler sollte sie diesmal nicht wiederholen. Andernfalls wird sie ihre intellektuelle Defensive kaum überwinden.

Michael Müller / Wolfgang Thierse

Nachhaltige Zukunft

Sozialökologische Marktwirtschaft ist die wichtigste Alternative zum entfesselten Kapitalismus

Michael Müller

(* 1948) MdB, ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

michael.mueller@bundestag.de



Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident.

Er ist zudem Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission sowie des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Alle Regierungen sind heute intensiv mit einem Management der Finanzkrise beschäftigt. Doch es geht um mehr. Neben dem Altersrheuma der maroden Finanzordnung müssen auch die Geburtsschmerzen einer neuen Ära gesehen werden, die aus den ökologischen Herausforderungen erwachsen. Daraus ergeben sich große Chancen für neuen Wohlstand und neue Beschäftigung.

Ein Rendezvous mit dem Schicksal sind die seltenen Konstellationen, an denen geschichtliche Weichenstellungen möglich werden. Zuletzt war das 1989 der Fall, als die zweigeteilte Welt zusammenbrach. Die Chance der deutschen Einheit wurde genutzt, nicht jedoch die Möglichkeit, den

Aufbau der neuen Bundesländer mit dem Umbau der alten Länder zu verbinden. Damals plädierten wir für einen ökologischen *New Deal*, der unser Land für die Zukunft fit machen sollte. Doch es triumphtierte eine falsche Siegermentalität.

In einer Welt ohne politische Ordnung setzte sich der Neoliberalismus vollends durch und demontierte die soziale Marktwirtschaft. Gestaltende Politik wurde auf ein Abstellgleis geschoben.

Das rächt sich heute. Die deregulierten Finanzmärkte führten in die tiefste Wirtschaftskrise seit der großen Depression von 1929. Wir wollen nicht schwarz malen, doch wahrscheinlich sind wir erst in Runde fünf eines Zwölfundenkampfes, der in einer Deflation, also dem Zusammentreffen von Wachstumseinbruch und Inflation, münden kann. Nach dem Hauptverursacher USA erfasste die Krise alle Industriestaaten und griff bereits auf die Schwellenländer über. Wie im Dominospiel reißt ein Stein weitere mit. Die Krise erschüttert alle Sektoren der Realwirtschaft und wird tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Für die Dritte Welt werden die Folgen dramatisch sein.

Die Wiederentdeckung von J.M. Keynes

Natürlich steht jetzt Krisenmanagement im Vordergrund, um einen völligen Zusammenbruch zu verhindern. Keynesianische Rezepte haben wieder Konjunktur. In den USA hat selbst der Notenbankchef Ben Bernanke die Schirmmütze aufgesetzt. Mit staatlichen Hilfen werden einsturzgefährdete Banken und gefährdete Unternehmen gestützt. Von einem »systemischen Risiko« ist die Rede. Doch ist die Finanzkrise ein Risiko für das bisherige System oder ist das System das Risiko?

Gegenwärtig erlebt die moderne Gesellschaft den dritten Epochenbruch seit der industriellen Revolution. Nach der

hemmungslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeit im Manchesterkapitalismus konnten nach dem Zweiten Weltkrieg die sozialen Konflikte zumindest in einem Teil der Welt entschärft werden. Die Architekten des *New Deal* zum liberalen Wohlfahrtsstaat, der die Wirtschaft »sozial disziplinierte«, und des Vertrags von Bretton Woods, der die »wucherischen Geldverleiher aus den Tempeln der Finanzen vertreiben« sollte, waren Franklin D. Roosevelt und John Maynard Keynes. Sie schufen die Grundlagen für das sozialdemokratische Jahrhundert, das bis in die 70er Jahre reichte.

Der Zusammenbruch von Bretton Woods

In den letzten 30 Jahren wurden jedoch Zug um Zug die Regelungen beseitigt, die den grenzenlosen Expansionsdrang und die soziale Bindungslosigkeit des Kapitals in Grenzen hielten. Am Beginn des Finanzkapitalismus standen die ökonomischen Folgen des Vietnamkrieges, den Amerika mit der Ausweitung der Geldmenge finanzierte. Das Anwerfen der Notenpresse inflationierte die Weltwirtschaft, denn der Dollar war zugleich nationale und internationale Währung. 1973 kam das Ende von Bretton Woods, das ausgerechnet den Krisenverursacher, die Geldpolitik, an die Spitze der globalen Wirtschaft katapultierte. Der Finanzkapitalismus nahm Fahrt auf und befreite weltweit die nationalen Kapitalmärkte von Kontrollen. Alle Industrieländer übernahmen mehr oder weniger bereitwillig die in England und USA eingeführten »strukturierten Finanzdienstleistungen« und verzichteten auf Genehmigungspflichten und Qualitätskontrollen. Allein zwischen 1980 und 2007 erhöhte sich der Tagesumsatz auf den internationalen Kapitalmärkten von 62 auf 3.475 Milliarden US-Dollar, davon flossen weniger als drei Milliarden Dollar in Investitionen im produktiven Sektor.

Das erlaubte den Gelddealern sich als Ersatz für die fehlende Weltordnung aufzuspielen. Als Herren des Universums machten sie die Gier zu einer Art Ordnung setzenden Macht über alle Grenzen und Kontinente hinweg. Verbunden damit war der Aufstieg des Neoliberalismus. Die politischen Täter dieser Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung hießen Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Unter dem Deckmantel der Liberalisierung kürzten sie Sozialausgaben, privatisierten den öffentlichen Sektor, schwächten die Gewerkschaften und setzten rücksichtslos die Interessen der *Wall Street* und des Finanzzentrums London durch.

In Deutschland machten die FDP und in ihren Leipziger Beschlüssen die CDU den Neoliberalismus zum Programm, ganz im Gegensatz zu den Vätern der sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armack, Walter Eucken oder Alexander Rüstow, für die »ein starker Staat und eine liberale Wirtschaftspolitik einander bedingen«. Doch der Konflikt geht tiefer. Auch ein Zurück zu den alten Antworten griffe zu kurz. Zum ersten Mal in der modernen Wirtschaftsgeschichte kommen vier Herausforderungen zusammen, die mit hergebrachten Wachstumskonzepten nicht zu bewältigen sind: Neben dem Finanzcrash sind das der Klimawandel, die Rohstoff- und Energieverknappung und die explodierenden Lebensmittelpreise.

Ein Kurswechsel ist nötig

Die globale Ökonomie muss sich neu formieren. Wir müssen uns dieser Tragweite bewusst werden, andernfalls bleiben die Antworten zu klein. Das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD hat diese Weichenstellung beschrieben. An diesem Punkt beginnt entweder eine Epoche der Nachhaltigkeit, die wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit und ökolo-

gischer Verträglichkeit verbindet. Der entscheidende Wechsel ist, dass die Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr kurzfristig orientiert sind, sondern von den Herausforderungen der Zukunft ausgehen.

Oder es drohen erbitterte Verteilungskämpfe und neue Gewalt, weil die Entwicklung den Märkten überlassen bleibt. Dann lässt der Klimawandel Gesellschaften kollabieren und verstärkt weltweit den Migrationsdruck. Afrika, wo 230 Millionen Menschen Hunger leiden, droht bei einer Erwärmung um 2 °C gegenüber 1990 eine Halbierung der Ernteerträge. In Asien sind 40 % der 635 Millionen Menschen, die in Flussdeltas oder niedrigen Küstenregionen leben, existenziell gefährdet. Auch die Zeit billiger Energie und Rohstoffe ist vorbei, die in den letzten 200 Jahren das Schmiermittel für Beschäftigung und Wohlstand waren. Der neue Outlook der Internationalen Energieagentur belegt, dass massive Verteilungskonflikte drohen, aus denen Ressourcenkriege werden können. Und nicht zuletzt ist in den letzten zwölf Monaten der FAO-Lebensmittelindex bis zu 60 % gestiegen, der sich durch Nutzungskonflikte und Klimawandel erhöhen wird. Weil die Preise für Energie und Nahrungsmittel stärker stiegen als für Gebrauchsgüter, ist der eine US-Dollar, der als äußerste Armutsschwelle gilt, nur noch 70 Cent wert. Zuletzt fanden in 40 Staaten bereits Hungerrevolten statt.

Die Knappheiten verschärfen sich durch die nachholende Industrialisierung bevölkerungsreicher Schwellenländer. Obwohl ein Chinese nur 3,66 Tonnen Kohlendioxid verursacht – ein US-Bürger kommt auf 19,74 Tonnen –, ist das Land der Mitte bereits der größte CO₂-Emittent der Welt. Und selbst China muss den Ausstoß halbieren, um das Klima zu schützen.

Diese Zuspitzung ist nicht nur eine gewaltige Bedrohung, sie öffnet auch ein Gestaltungsfenster, denn überall wächst der Handlungsdruck. Jetzt muss die Politik die

alte Frage, die sich wieder in aller Schärfe stellt, neu beantworten: Wie ist Fortschritt möglich? Und welcher Fortschritt muss es sein?

Notwendig ist eine Ordnung, die den alltäglichen Krieg mit der Zukunft beendet. Sie muss vom Grundsatz der Solidarität aller für alle ausgehen, die Interessen der Gesellschaft über die Ökonomie stellen, die Endlichkeit des Naturkapitals beachten und die Anforderungen der Zukunft in den Entscheidungen der Gegenwart berücksichtigen. Deshalb ist die Idee der Nachhaltigkeit die wichtigste Alternative zum globalen Kapitalismus, weil ihre regulativen Prinzipien das Gegenteil der Kurzfristigkeit sind, die immer neue Blasen und damit Krisen produziert. Nachhaltigkeit fördert Vielfalt, Kreativität und Dezentralität. Sie setzt auf Innovationen und ökologische Zukunftsmärkte. Und, was das Wichtigste ist, mit ihr kann sofort begonnen werden.

Die EU als Vorreiter

Nachhaltigkeit verbindet die globale Neuordnung der Finanzmärkte mit der Reform der Wirtschaftsverfassung, um die Wirtschafts-, Sozial- und Naturkreisläufe zu stabilisieren. Die Europäische Union kann, wenn sie den Weg des europäischen Klima- und Energieprogramms vom 8. März 2007 weitergeht, der Vorreiter sein, zumal der alte Kontinent mehr als andere Weltregionen über technische, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen für die sozialökologische Modernisierung verfügt. Das würde sich in doppelter Weise auszahlen, denn es stärkt die EU, wenn sie bei diesen großen Zukunftsaufgaben vorangeht. Und es macht die Mitgliedsstaaten handlungsfähig, denn ein Land allein ist bei diesen Herausforderungen überfordert. Zusammen aber wird die EU eine bedeutende Rolle einnehmen.

Wir plädieren – wie schon 1989 – für einen ökologischen *New Deal*, verbunden

mit einem ökologischen Bretton Woods, so wie dies bereits 1948 in der Havanna-Charta der Vereinten Nationen mit Stützungs- und Ausgleichsmechanismen angedacht war. National gehört ein umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt dazu, das den Strukturwandel auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite vorantreibt. Deutschland würde die Anwendung von *Green Tech* neue Wettbewerbsvorteile verschaffen und es zum wichtigsten Technologieanbieter dieser Megatechnik machen.

Mit Innovation zur Nachhaltigkeit

Bausteine eines solchen Zukunftsinvestitionsprogramms wären: massive Innovationsimpulse zur Ressourceneffizienz, Energiesparfonds, Aufstockung der energetischen Gebäudesanierung, Investitionszulagen für Effizienztechnologien, Modernisierung der regionalen Verkehrssysteme und ein ehrgeiziges Ziel für Zero-Emissions-Mobility. Diese Technologien werden die künftige Infrastruktur der Volkswirtschaften bestimmen. Und um eine Breitenwirkung zu erreichen, sollte der Vorschlag aufgegriffen werden, für Effizienztechnologien die Mehrwertsteuer befristet zu halbieren.

Derzeit werden täglich neue Vorschläge zur Überwindung der Krise gemacht. Entscheidend für ihre Bewertung sind die Deutung der Krise und die Einschätzung der weiteren Zukunft. Die neue Epoche muss eine sozialökologische Marktwirtschaft sein. Unser Vorschlag verbindet die Förderung technischer Innovationen mit Bildung, Wissenschaft und Forschung. Er ist konsensfähig für Kapital und Arbeit, hat einen hohen Selbstfinanzierungseffekt und ist schon deshalb notwendig, weil die ökologischen Herausforderungen unser Jahrhundert prägen werden. Umso notwendiger ist es, jetzt dafür die Weichen zu stellen.